



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Sri Lanka

2016

Die Regierung Sri Lankas hat wichtige Schritte zur Eindämmung von Folter und Misshandlung unternommen. Im Juni 2016 wies Präsident Sirisena die Polizei und Sicherheitskräfte an, die von der Menschenrechtskommission Sri Lankas geforderten Maßnahmen zum Schutz von Inhaftierten umzusetzen, die auf der Grundlage des Prevention of Terrorism Act und anderer Notstandsgesetze festgenommen wurden. Zu diesen Maßnahmen gehört die Verpflichtung der Mitglieder der Sicherheitskräfte, sich bei der Verhaftung eines Verdächtigen auszuweisen, und die Beendigung der bisherigen Praxis, Gefangene an geheimen Orten festzuhalten und in getarnten Fahrzeugen zu transportieren.

Im August erkannte Sri Lanka der Menschenrechtskommission das Recht zu, Einzelfälle gemäß Artikel 22 der UN-Konvention gegen die Folter zu untersuchen.

Um Folter und Misshandlung in Zukunft zu verhindern, sollte der Prevention of Terrorism Act aufgehoben werden. Er leistet willkürlichen Verhaftungen Vorschub.

Der UN-Ausschuss gegen die Folter hat im Dezember darauf hingewiesen, dass Folter und Misshandlung durch Polizisten und Angehörige der Sicherheitskräfte in Sri Lanka meist straffrei bleiben. Zugleich werden unter Folter erpresste Geständnisse von Angeklagten vor Gericht verwendet.

Der UN-Ausschuss gegen die Folter war darüber bestürzt, dass zur Delegation Sri Lankas, die das Gespräch mit ihm in Genf führte, der ehemalige Leiter einer Haftanstalt gehörte, die für Folter und Misshandlung berüchtigt war.